

521469-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen des Sozialwesens – Durchführung von Männerberatung im
Landkreis München
OJ S 143/2026 28/07/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt München - Sachgebiet 1.3.1.2 Zentrale Vergabestelle und Einkauf

E-Mail: beschaffungsstelle@lra-m.bayern.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Durchführung von Männerberatung im Landkreis München

Beschreibung: Die Männerberatung bietet Männern, die körperliche, psychische oder sexuelle Gewalt gegenüber ehemaligen oder aktuellen Beziehungspartnerinnen/ -partnern ausgeübt oder angedroht haben, eine fachlich fundierte Täterberatung an. Außerdem werden in familiengerichtlichen Verfahren nach häuslicher Gewalt im Rahmen des Sonderleitfadens (Münchner Modell) zunächst getrennt geschlechtsspezifische und im positiven Verlauf gemeinsame Elterngespräche in Kooperation mit der Interventionsstelle Landkreis München (ILM) durchgeführt, um einvernehmliche Umgangsregelungen nach Trennung oder Scheidung zu erarbeiten. Darüber hinaus übernimmt die Männerberatung im Bereich der Durchführung von begleiteten Umgängen im Kontext häuslicher Gewalt in ausgewählten Einzelfällen die Umgangsbegleitung bzw. die Begleitung der Fachkräfte, die diesen Umgang durchführen. Des Weiteren ist die Männerberatung für alle Männer eine Clearingstelle für Lebenskrisen und unterschiedliche Problemlagen. Die Beratungen mit den Männern erfolgen in zugewiesenen Räumen des Landratsamtes München auf dem Stadtgebiet München.

Kennung des Verfahrens: fafee5ba-0b13-4c73-a8b0-905f90155c77

Interne Kennung: 26/1_MILK

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 85310000 Dienstleistungen des Sozialwesens

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Fragen zu den Vergabeunterlagen und/oder Vergabeverfahren können nur von auf der Vergabepattform registrierten Bewerbern gestellt werden. Fragen, die

nicht spätestens 10 Kalendertage vor Angebotseröffnung eingehen, werden nicht mehr beantwortet. - - - - Bitte beachten Sie, dass die gesamte Kommunikation im Vergabeverfahren ausschließlich über die genannte Vergabepattform abgewickelt wird. Das gilt auch für die Kommunikation nach Ablauf der Angebotsfrist, z.B. zum Zweck der Nachforderung von Unterlagen oder Aufklärung. Da in diesem Zusammenhang Fristen gesetzt werden können, die im Fall der Nichteinhaltung den Ausschluss bedingen, obliegt es den Bietern, sich stets tagesaktuell darüber zu informieren, ob entsprechende Mitteilungen per E-Mail eingegangen sind. Registrierte Bewerber/Bieter erhalten eine Benachrichtigung über solche Mitteilungen. Die Verantwortung, auf solche Benachrichtigungen rechtzeitig zu reagieren, liegt ausschließlich beim Bewerber/Bieter. Dazu gehört auch die regelmäßige Überprüfung des SPAM-Ordners. - - - - Der Bieter hat anzugeben inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland hat. Dafür ist die "Eigenerklärung Bezug Russland" (L127) auszufüllen und als Teil des Angebotes abzugeben. Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher gem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben. - - - - Die Bindefrist wurde auf den 30.10.2026 festgelegt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: ---

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB - - -

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: § 123 Abs. 1 Nr. 3 bzw. Nr. 2 GWB - - - Betrug:

§123 Abs. 1 Nr. 4 bzw. 5. GWB - - - Bestechlichkeit: §124 Abs. 1 Nr. 6 bis 9 - - - Kinderarbeit

und andere Formen des Menschenhandels: § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB - - - Verstoß gegen die

Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung: §

123 Abs. 4 S. 1 Nr. 1, GWB - - - Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur

Verzerrung des Wettbewerbs: § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB - - - Verstoß gegen umwelt-, sozial-

oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen: § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB - - - Zahlungsunfähigkeit,

Eröffnung Insolvenzverfahren oder vergleichbare Lage: § 124 Abs. 1 Nr. 2 - - - Einstellung der

gewerblichen Tätigkeit: § 124 Abs. 1 Nr. 2GWB - - - Schwerwiegendes berufliches

Fehlverhalten: § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB - - - Wettbewerbsbeschränkendes Verhalten: § 124

Abs. 1 Nr. 4 GWB - - - Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem

Vergabeverfahren: § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB - - - Direkte oder indirekte Beteiligung an der

Vorbereitung des Vergabeverfahrens: § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB - - - Vorzeitige Beendigung,

Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB - - - Falsche

Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen

vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: § 124 Abs.

1 Nr. 8 bzw. 9 GWB - - - Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen

verankerten Verpflichtungen: § 124 Abs. 2 GWB (§ 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, §

21 SchwarzArbG) - - - - Eine Erklärung darüber, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123

und 124 GWB vorliegen bzw. eine Zahlungsunfähigkeit ist in der Regel als Eigenerklärung

abzugeben. Für die Angabe ist das Formblatt "Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Eignung

" zu verwenden. Die Vergabestelle behält sich vor, vor Zuschlagserteilung die entsprechenden

gültigen bzw. aktuellen Bestätigungen mit einer angemessenen Fristsetzung anzufordern: - - -

- Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung- - - -

Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls

das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt- - - - Unbedenklichkeitsbescheinigung

der Sozialversicherungsträger - - - - qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen - -
- - - Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde) - - - - - Bescheinigungen, die mit einem Gültigkeitsdatum versehen sind, müssen im Zeitpunkt der Einreichung gültig sein, andere Nachweise sollten in der Regel ein Ausstellungsdatum aufweisen, das nicht älter als 6 Monate zum Zeitpunkt der Einreichung ist. - - - Formblatt "Nichtvorliegen von Ausschlussgründen /Eignung": <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av28325b-eu>

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Durchführung von Männerberatung im Landkreis München

Beschreibung: Die Männerberatung bietet Männern, die körperliche, psychische oder sexuelle Gewalt gegenüber ehemaligen oder aktuellen Beziehungspartnerinnen/ -partnern ausgeübt oder angedroht haben, eine fachlich fundierte Täterberatung an. Außerdem werden in familiengerichtlichen Verfahren nach häuslicher Gewalt im Rahmen des Sonderleitfadens (Münchner Modell) zunächst getrennt geschlechtsspezifische und im positiven Verlauf gemeinsame Elterngespräche in Kooperation mit der Interventionsstelle Landkreis München (ILM) durchgeführt, um einvernehmliche Umgangsregelungen nach Trennung oder Scheidung zu erarbeiten. Darüber hinaus übernimmt die Männerberatung im Bereich der Durchführung von begleiteten Umgängen im Kontext häuslicher Gewalt in ausgewählten Einzelfällen die Umgangsbegleitung bzw. die Begleitung der Fachkräfte, die diesen Umgang durchführen. Des Weiteren ist die Männerberatung für alle Männer eine Clearingstelle für Lebenskrisen und unterschiedliche Problemlagen. Die Beratungen mit den Männern erfolgen in zugewiesenen Räumen des Landratsamtes München auf dem Stadtgebiet München.
Interne Kennung: 26/1_MILK

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 85310000 Dienstleistungen des Sozialwesens

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: München

Postleitzahl: 81541

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2029

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Fragen zu den Vergabeunterlagen und/oder Vergabeverfahren

können nur von auf der Vergabepattform registrierten Bewerbern gestellt werden. Fragen, die nicht spätestens 10 Kalendertage vor Angebotseröffnung eingehen, werden nicht mehr

beantwortet. - - - - Bitte beachten Sie, dass die gesamte Kommunikation im Vergabeverfahren ausschließlich über die genannte Vergabepattform abgewickelt wird. Das gilt auch für die Kommunikation nach Ablauf der Angebotsfrist, z.B. zum Zweck der Nachforderung von Unterlagen oder Aufklärung. Da in diesem Zusammenhang Fristen gesetzt werden können, die im Fall der Nichteinhaltung den Ausschluss bedingen, obliegt es den Bietern, sich stets tagesaktuell darüber zu informieren, ob entsprechende Mitteilungen per E-Mail eingegangen sind. Registrierte Bewerber/Bieter erhalten eine Benachrichtigung über solche Mitteilungen. Die Verantwortung, auf solche Benachrichtigungen rechtzeitig zu reagieren, liegt ausschließlich beim Bewerber/Bieter. Dazu gehört auch die regelmäßige Überprüfung des SPAM-Ordners. - - - - Der Bieter hat anzugeben inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland hat. Dafür ist die "Eigenerklärung Bezug Russland" (L127) auszufüllen und als Teil des Angebotes abzugeben. Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher gem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben. - - - - Gelangt das Angebot eines Unternehmens in die engere Wahl, sind die im Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ angegebenen Bescheinigungen (Referenznachweise / Versicherungsbescheinigung bzw. Zusicherung der Versicherung / Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung bei der IHK) innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen. - - - - Stützt sich ein Bewerber /Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen, sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ oder der EEE auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Werden die Kapazitäten anderer Unternehmen gemäß § 47 Abs. 1 VgV in Anspruch genommen, so muss gemäß § 47 Abs. 2 VgV die Nachweisführung entsprechend den geforderten Nachweisen auch für diese Unternehmen erfolgen. - - - - Auf gesondertes Verlangen sind für Nachunternehmer/andere Unternehmen Nachweise zur Eignung (Eigenerklärung nach 1240 sowie entsprechende Nachweise) sowie eine Verpflichtungserklärung (Formblatt 236) abzugeben. - - - - Bei Bietern außerhalb Deutschlands sind die geforderten Unterlagen/Bescheinigungen in vergleichbarer Form vorzulegen, so dies in dem Staat, in dem der Bieter niedergelassen ist, nach den Rechtsvorschriften vorgesehen ist. - - - - Sofern sich Bietergemeinschaften beteiligen, ist zusätzlich eine Bietergemeinschaftserklärung mit dem Angebot vorzulegen. Bei Beteiligung einer Bietergemeinschaft ist von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft eine unterschriebene Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung im Auftragsfall unter Benennung eines bevollmächtigten Vertreters einzureichen. Die bisher genannten Darstellungen sind in diesem Fall von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen. - - - - Für die Auftragsvergabe ist ein Gremiumsbeschluss notwendig, deshalb wurde die Bindefrist auf den 30.10.2026 festgelegt.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignung zur Berufsausübung: Der Bieter hat die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder die Handwerksrolle des Sitzes oder Wohnsitzes vorzulegen, soweit er zur Eintragung verpflichtet ist. - - - - Nachweisführung der Eignung: Die Eignung kann durch Eigenerklärung gem. Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorläufig nachgewiesen werden. Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ wird den

Vergabeunterlagen beigefügt und ist unter <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av28325b-eu> einfügen abrufbar. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) kann als vorläufiger Nachweis zur Eignung eingereicht werden.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis einer Berufs- oder

Betriebshaftpflichtversicherung in bestimmter Höhe: - - - 1. Bei einem in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen. - - - 2. mit einer Deckungssumme je Schadensfall von 3.000.000,00 € für Personenschäden - - - 3. und mit einer Deckungssumme je Schadensfall von 2.000.000,00 € für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) - - -

Nachweisführung der Eignung: Die Eignung kann durch Eigenerklärung gem. Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorläufig nachgewiesen werden. Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ wird den Vergabeunterlagen beigefügt und ist unter <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av28325b-eu> einfügen abrufbar. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) kann als vorläufiger Nachweis zur Eignung eingereicht werden.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Konzept

Beschreibung: Konzept

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av28325b-eu>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av28325b-eu>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av28325b-eu>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 31/08/2026 09:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 61 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß §56 Abs. 2 VgV behält sich der Auftraggeber vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzufordern. Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht aber nicht.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 31/08/2026 09:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Formblatt L127 "Eigenerklärung Bezug Russland"

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß §160 Abs. 3 Satz 1 GWB ist ein

Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit: - der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach §134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung, oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße, gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. ----- § 160 Abs. 3 Satz 1 GWB gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach §135 Abs. 2 Satz 1 GWB. §134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. ----- Gemäß §135 Abs. 2 Satz 1 GWB kann die Unwirksamkeit nach §135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden sind. ----- Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landratsamt München - Sachgebiet 1.3.1.2 Zentrale Vergabestelle und Einkauf

Organisation, die Angebote bearbeitet: Landratsamt München - Sachgebiet 1.3.1.2 Zentrale Vergabestelle und Einkauf

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt München - Sachgebiet 1.3.1.2 Zentrale Vergabestelle und Einkauf

Registrierungsnummer: 09-0318253-95
Postanschrift: Joseph-Wild-Straße 20
Stadt: München
Postleitzahl: 81829
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Sachgebiet 1.3.1.2 Zentrale Vergabestelle und Einkauf
E-Mail: beschaffungsstelle@lra-m.bayern.de
Telefon: 089 6221-1634
Fax: 089 6221-441634
Internetadresse: <http://www.landkreis-muenchen.de>
Profil des Erwerbers: <https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av28325b-eu>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern
Registrierungsnummer: USt-ID DE811335517
Postanschrift: Maximilianstraße 39
Stadt: München
Postleitzahl: 80538
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabekammer Südbayern
E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telefon: +49 89 2176-2411
Fax: +49 89 2176-2847
Internetadresse: https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/ueber_uns/zentralezustandigkeiten/vergabekammer-suedbayern/

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 73461ea0-8acd-42e3-9965-b7bb4944bfa1 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/07/2026 07:26:54 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 521469-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 143/2026

Datum der Veröffentlichung: 28/07/2026